

Zukunft der Fördersysteme für erneuerbare Energien in Deutschland und Europa

Maria Rosaria Di Nucci und Sybille Tempel

Das REALISE-Forum (*Renewable Energy and Liberalisation in Selected Electricity Markets-Forum*) ist ein EU-Projekt, das sich mit der Vielfalt der bestehenden Fördersysteme für erneuerbare Energien in den Strommärkten der erweiterten Europäischen Union und der Frage nach möglichen Wegen zu ihrer Koordinierung auseinandersetzt. Es wird im Rahmen von „Intelligent Energy - Europe“ (EIE) gefördert und von Instituten und Organisationen aus fünf Ländern durchgeführt. Diese sind: Für Deutschland die Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin und die Berliner Energieagentur (FFU); für Italien CESI-Ricerca; für die Niederlande das Centre for Clean Technology and Environmental Policy (CSTM) der Universität Twente; für Norwegen die BI-Norwegian School of Management stellvertretend für den gesamten skandinavischen Raum sowie mit Slovenki E-Forum eine NGO (Non Governmental Organisation) aus Slowenien.

Das Projekt hat im Januar 2005 begonnen und wird im Februar 2007 beendet sein. Für die Projektkoordination und den sog. Joint Contact Point (JCP) in Berlin ist die FFU zuständig. In jedem der fünf an dem Projekt beteiligten Länder wurden sog. National Desks eingerichtet, die u. a. Anhörungen veranstalten. Die Aktivitäten des deutschen „Desk“ werden von einer Steuerungsgruppe unterstützt, in der wichtige Akteure wie das BMU, der Bundesverband der Verbraucherzentralen, die Energiewirtschaft, Fachverbände, NGO, etc. vertreten sind.

Die Aktivitäten des „German Desk“

Der German National Desk hat dreimal mit jeweils anderen Schwerpunkten getagt. Höhepunkt der Aktivitäten war die Planung und Durchführung der öffentlichen Anhörung mit Stakeholdern am 19. Oktober 2005. Im Vorfeld dieser Aktivitäten wurde ein Fragebogen vorbereitet und an ausgewählte energiepolitische Akteure geschickt. Obwohl die Befragung nicht als repräsentativ bezeichnet werden kann, haben die Ergebnisse interessante Einsichten ermöglicht.

Die Bewertung des deutschen Fördersystems war überwiegend positiv. Rund 75 % der Antworten bestätigten, dass dieses Modell den Markteinstieg der Erneuerbaren Energien (EE) ermöglicht hat. Deutschland hat sich im EE-Bereich, nicht zuletzt aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), Know-how und globale Marktanteile sichern können. Es wurde mehrmals angemerkt, dass die bisher erreichten Erfolge die Richtigkeit des primären Ansatzes bestätigen. Rund 65 % der Befragten betonten aber auch, dass Defizite und Widersprüche existieren, die analysiert und beseitigt werden sollten.

Bemängelt wurde ebenfalls, dass in den Rahmenbedingungen jeglicher Ansatz zur Steigerung der Qualität des „Produktes“ Strom fehlt. Die im EEG vorgenommene technologische Differenzierung wurde von einer

überwältigenden Mehrheit (90 %) befürwortet. Zur Frage der Angemessenheit der Ziele des EEG wurde die Rubrik „zu niedrig“ bei der Bewertung eingeführt, um die vielen Eintragungen diesbezüglich zu berücksichtigen, wengleich den Initiatoren klar war, dass sie nicht pauschal beantwortet werden kann. Diese Einschränkung wurde auch in den Antworten deutlich. Es geht um unterschiedliche Technologien, die mit völlig verschiedenen Kosten und unterschiedlicher Lebensdauer behaftet sind. In der Windenergie wurden 20 Jahre von vielen Befragten für zu lang gehalten, im Gegensatz zur Photovoltaik. Für Wasserkraft muss generell von langen Standzeiten ausgegangen werden.

Es wurden verschiedene Positionen dargelegt, die sich nur schwer zusammenfassen lassen. Die Befürworter der Harmonisierung (29 %) weisen darauf hin, dass Energie und Umwelt in Europa kein nationalstaatliches Thema mehr ist; schon allein zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen und zum optimalen Ressourceneinsatz bzw. zur Potentialausschöpfung ist eine EU-Harmonisierung angezeigt. Für die Gegner ist unter den derzeitigen Bedingungen mit völlig unterschiedlichen Ausgangssituationen in den 25 Ländern nicht ersichtlich, wie eine Harmonisierung herbeigeführt werden kann, die allen Ansprüchen gerecht wird. Dies muss jedoch nicht bedeuten, dass eine Koordination einzelner Aspekte der Förderung unterlassen werden soll. Insbesondere die Standards, die mit der EE-Stromerzeugung zu tun haben, sollten angeglichen werden. Viele Akteure fragten sich, welchen Sinn eine Harmonisierung von Fördersystemen überhaupt haben soll. Da jedes Land seine eigenen energiepolitischen Interessen vertritt, erscheint eine EU-weite Angleichung in diesem schmalen Segment der Stromwirtschaft eher abwegig.

Die Antworten der Befragung wurden in einer akteursbezogenen Analyse der verschiedenen Interessengruppen berücksichtigt. Ins-

besondere wurde die Kohäsion der Akteursgruppen in Bezug auf das gegenwärtige Fördersystem und deren Bereitschaft zu Änderungen bzw. Anpassungen dargelegt. Diese Analyse wurde Bestandteil des sog. „Country Report“, der seit Dezember 2005 von der Webseite des Projektes heruntergeladen werden kann.

Bei der Konsultation versammelten sich 85 Vertreter von Bundes- und Länderministerien, Umweltverbänden, EVU, Verbänden der Erneuerbaren Energien, Energieagenturen und Forschungsinstituten, die ihre teilweise sehr unterschiedlichen Standpunkte präsentierten. Diese Positionen wurden ebenfalls im „Country report“ Germany dokumentiert.

Das nächste Treffen des German National Desk wird am 26. September in Berlin stattfinden. Hier sollen erste Ergebnisse der bis dahin erstellten Analysen und durchgeführten Veranstaltungen präsentiert sowie Politikempfehlungen für regionale Kooperationen erarbeitet werden.

Etablierung der Plattform für Stakeholder

Das REALISE-Forum sieht seine vorrangige Aufgabe darin, eine Plattform für Stakeholder zu bilden und auf dieser Basis eine akteursbezogene Analyse der Positionen der verschiedenen nationalen Interessensgruppen vorzunehmen. Dadurch sollen Unterschiede und Gemeinsamkeiten identifiziert sowie ein Anforderungsprofil für eine koordinierte Politik auf EU-Ebene entworfen werden.

Das Hauptaugenmerk des Projektes richtete sich in den vergangenen Monaten auf internationale Aktivitäten. Im Dezember 2005 fand ein Workshop in Italien statt, im Mai 2006 ein weiterer in Slowenien. Während in Mailand der Fokus auf den Erfahrungen mit Quotenmodellen in Verbindung mit dem Handel von grünen Zertifikaten lag, standen

in Maribor europäische Erfahrungen mit Einspeisevergütungsmodellen im Mittelpunkt. Die Abschlusskonferenz am 2./3. November in Berlin soll die Standpunkte und Erkenntnisse aus den nationalen Stakeholder-Konsultationen und eigenen Analysen zusammenführen und daraus Empfehlungen für einen koordinierten Ansatz der Systeme ableiten.

Internationaler Erfahrungsaustausch

Da die Europäische Union bereits 2007 wieder eine Evaluation zur EE-Stromrichtlinie vorlegen will, wird davon ausgegangen, dass die Ergebnisse des REALISE-Forums Eingang in die Überlegungen der EU finden und der Abschlusskonferenz damit eine große politische Bedeutung zukommt.

Vor diesem Hintergrund trägt die Abschlusskonferenz am 2. und 3. November in Berlin den Titel „Renewable Energy and Liberalisation in Electricity Markets: Lessons and Recommendations for Policy“. Es sind fünf Programmblocke geplant. Zunächst soll es um die Rolle erneuerbarer Energien

im Spannungsfeld der Liberalisierung des Europäischen Strommarktes gehen (Session 1). Anschließend werden Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen des REALISE-Forum-Projektes durch das ausführende Konsortium präsentiert.

Des Weiteren soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern die EU und ihre Mitgliedstaaten bei der Erfüllung der Zielvorgaben für erneuerbare Energien auf dem richtigen Weg sind (Session 3). Dies soll mit Vertretern aus den zuständigen Ministerien aus ausgewählten EU-Ländern diskutiert werden. Weiterhin werden die Erwartungen relevanter Akteursgruppen in Bezug auf die Koordinierung der unterschiedlichen Förderinstrumente in der EU erörtert (Session 4). Schließlich sollen die bestehenden regionalen Kooperations-Ansätze wie beispielsweise die Feed-In Kooperation zwischen Spanien und Deutschland thematisiert werden (Session 5).

Renommierte Referenten haben inzwischen zugesagt, so u. a. L. Barra vom Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung, Italien, Hans Nilsson, 4Fact, Schweden, V. Sonntag-O'Brien, Basel Agency for Sustainable Energy,

Schweiz, R. Vigotti von der International Energy Agency (IEA) Renewable Energy Working Party, J. Vorrink von CertQ, Niederlande, G. Wiśniewski, EC BREC, Poland. Das Bundesumweltministerium ist mit einer Keynote-Address der Parlamentarischen Staatssekretärin Astrid Klug vertreten sowie mit Fachreferenten. Außerdem werden Vertreter von Verbänden der erneuerbaren Energien und von internationalen Energieunternehmen teilnehmen.

*Dr. M. R. Di Nucci, S. Tempel, M. A., Forschungsstelle für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin, www.realise-forum.net
Contactpoint@realise-forum.net*

Die Website des Projektes
www.realise-forum.net
informiert über
Inhalte, Aktivitäten
und Ergebnisse
des Projektes.



103 Seiten, 24,- €;
ISBN 3-925 349-41-3

Ulrich Büdenbender:

Zulässigkeit der Preiskontrolle von Fernwärmeversorgungsverträgen nach § 315 BGB

Im Bereich der Energieversorgungsverträge ist anerkannt, dass die vom EVU festgesetzten Preise in bestimmten Konstellationen einer gerichtlichen Billigkeitskontrolle unterliegen. Diese erfolgt regelmäßig über § 315 BGB. Für Fernwärmeversorgungsverträge steht die höchstrichterliche Erklärung dieser Möglichkeit noch aus. In jüngster Zeit mehren sich die Fälle, in denen Fernwärmeverteiler Verträge mit Fernwärmeversorgungsunternehmen derart abschließen, dass sie in bestehende Versorgungsverträge eintreten, um dann die vereinbarten Preise nicht zu zahlen und die Versorgungsunternehmen daher Klage erheben müssen. Auch Endverbraucher verhalten sich entsprechend. Der mit Berufung auf § 315 BGB von Verbraucherverbänden befürwortete Preisboykott bei Strom- und Gasrechnungen und damit verbundene Praktiken strahlen auf Fernwärmeverträge aus.

Gegenstand des Buches ist es, zu untersuchen, inwieweit eine Preis- bzw. Billigkeitskontrolle der in Fernwärmeversorgungsverträgen vereinbarten Preise überhaupt zulässig ist und nach welchen Vorschriften dies erfolgen kann. Im Zusammenhang mit der Preiskontrolle stellt sich darüber hinaus auch immer wieder die Frage, inwieweit Preise, die seitens der Kunden nach § 315 BGB für unbillig gehalten werden, den Fernwärmekunden dazu berechtigen, nicht zu zahlen bzw. die Rechnungen zu kürzen. Es ist daher auch auf das Verhältnis des § 315 BGB zu § 30 AVB-FernwärmeV einzugehen, der grundsätzlich eine Zahlungsverweigerung nur erlaubt, wenn offensichtliche Fehler vorliegen. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass entgegen einer verbreiteten Ansicht nur ein enger Anwendungsbereich für die zivilrechtliche Preiskontrolle nach § 315 Abs. 3 BGB verbleibt.

Bestellungen an: etv GmbH (Energiewirtschaft und Technik Verlagsgesellschaft mbH), Postfach 18 53 54, D-45203 Essen, Fax o 20 54/95 32-60.
Oder rufen Sie an: 02054/95 32-30. Oder Mail an: Pia.Toben@etvessen.de oder im Internet bestellen auf: www.et-energie-online.de